

Thüringens AfD als rechtsextrem: Politische Reaktionen überschlagen sich!

Thüringens Ministerpräsident Voigt reagiert auf das Gutachten des Verfassungsschutzes zur AfD als rechtsextrem.



Erfurt, Deutschland - Thüringens Ministerpräsident Mario Voigt (CDU) plant, auf die rechtlichen Bewertungen des Verfassungsschutzes zur Einstufung der AfD als gesichert rechtsextremistisch zu warten, bevor er Maßnahmen gegen AfD-Mitglieder im Staatsdienst ergreift. Laut **MDR** betont Voigt, dass die Lösung der Probleme der Bürger der effektivste Weg sei, um der AfD entgegenzuwirken. Dies geschieht vor dem Hintergrund eines Gutachtens, das die AfD als rechtsextrem einstuft.

Die Linke fordert unterdessen ein schnelles Handeln der Regierung und ein Verbotsverfahren gegen die AfD. Katharina König-Preuss von der Linken macht sich stark für klare Regeln im öffentlichen Dienst, um Personen mit Verbindungen zur AfD

aus Polizei, Justiz und Schulen auszuschließen. Die SPD zeigt sich ebenfalls kritisch gegenüber der AfD und bezeichnet die Einstufung als Beweis für die Gefährlichkeit der Partei. SPD-Landeschef Georg Maier fordert eine Prüfung und mögliche Einleitung eines Verbotsverfahrens.

Rechtliche Auseinandersetzungen und AfD-Reaktionen

Während die politischen Reaktionen gewaltig sind, hat die AfD ein juristisches Gutachten in Auftrag gegeben, das die Rechtmäßigkeit der Beobachtung durch den Verfassungsschutz infrage stellt. Der Fraktionschef der AfD in Thüringen, Björn Höcke, spricht von einer „Bespitzelung demokratisch gewählter Abgeordneter“ und kündigt rechtliche Schritte an, sollte die Beobachtung nicht beendet werden. Die AfD bewertet den Thüringer Verfassungsschutz als ein politisches Instrument des SPD-geführten Innenministeriums, das jedoch inhaltlich unabhängig arbeitet.

Der Verfassungsschutz hat in diesem Kontext eine Stillhalteusage abgegeben, wodurch die offizielle Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ vorerst ausgesetzt wird. Dies soll dem Verwaltungsgericht Köln die Möglichkeit geben, das laufende Eilverfahren in Ruhe zu prüfen. Dennoch bleibt die AfD weiterhin als „Verdachtsfall“ beobachtbar, allerdings unter strengeren Voraussetzungen.

Einstufung und ihre Konsequenzen

Details	
Vorfall	Rechtsextremismus
Ort	Erfurt, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.mdr.de• www.zdf.de• www.verfassungsschutz.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de